

LANDKREISTAG | KOMPAKT

VERBANDSNACHRICHTEN DES HESSISCHEN LANDKREISTAGES



Kindergrundsicherung – ganzheitliche Familienbetreuung ohne Doppelstrukturen!

Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP für die 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages sieht die Einführung einer Kindergrundsicherung vor. Sie soll verschiedene Leistungen zu einer einfachen, automatisiert berechneten und ausgezahlten Förderleistung bündeln. Überlegt ist eine Zusammensetzung aus zwei Komponenten, einen einkommensunabhängigen Garantiebetrag, der für alle Kinder und Jugendlichen gleich hoch ist, und einen vom Elterneinkommen abhängigen, gestaffelten Zusatzbetrag.

Der Deutsche Landkreistag spricht sich dafür aus, Kinder nicht aus dem familiären Zusammenhang bzw. der Haushaltskonstellation herauszulösen, sondern als Teil ihrer Familie und damit auch als Teil der Bedarfsgemeinschaft zu betrachten, auf die beispielsweise das SGB II und die Sozialhilfe aufbauen. Die Kritik der Einführung einer Kindergrundsicherung liegt vor allem im Aufbau einer neuen Behördenstruktur bei den Familienkassen, die mit den Jobcentern flächendeckend bereits vorhanden ist. Dies ist im Ergebnis der Aufbau doppelter Strukturen und eines erhöhten Verwaltungsaufwands.

Am 27. September 2023 beschloss das Bundeskabinett den Regierungsentwurf eines Kindergrundsicherungsgesetzes. Viele Länder sowie der Deutsche Landkreistag und Hessische Landkreistag lehnen den zusätzlichen und für die bedürftigen Familien nachteiligen Mehraufwand weiterhin ab.



**Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,**

das Thema der Gewährung einer Kindergrundsicherung wurde in den vergangenen Wochen und Monaten auf allen Ebenen kontrovers diskutiert. Die Position des Deutschen Landkreistages sowie des Hessischen Landkreistages finden Sie in dem nebenstehenden Leitartikel.

Die weiteren Artikel dieses Newsletters behandeln unter anderem die aktuellen Herausforderungen im Bereich Kommunalfinanzen, die Cybersicherheit sowie die Arbeitsförderung für junge Menschen unter 25 Jahren.

Diese Artikel empfehle ich Ihrer Lektüre.

Ihr
Wolfgang Schuster, Präsident

Inhalt

AKTUELLE THEMEN SEITE 02

- **Zeitenwende der Kommunalfinanzen**
- **Hessische Landrätinnen und Landräte zu Gast in Berlin**

KURZ NOTIERT SEITE 03

- **Arbeitslose Jugendliche weiterhin in Zuständigkeit der Kommunalen Jobcenter**
- **Rechts- und Europaausschuss im Austausch mit dem Landespolizeipräsidenten**
- **Überlegungen zu einem Aktionsprogramm Kommunale Cybersicherheit**
- **LoI zur Zukunft der Koordinierungsstelle OZG-Kommunal**

AUS DEM DEUTSCHEN LANDKREISTAG SEITE 04

- **Bei Krankenhäusern und Rettungsdienst nicht an der falschen Stelle ansetzen**
- **Kommunen wollen mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen**

PERSONALIEN / TERMINE

SEITE 04

Zeitenwende der Kommunalfinanzen

Nach Jahren der finanziellen Stabilität und Konsolidierung droht sich die finanzielle Situation der hessischen Landkreise wieder deutlich zu verschlechtern.

Die Landkreise müssen 2024 an unterschiedlichen Haushaltspositionen erhebliche Steigerungen des Aufwands einplanen. Der kürzlich vereinbarte Tarifabschluss im öffentlichen Dienst, weitere Fallzahlensteigerungen im Bereich der sozialen Transferleistungen, das ansteigende Zinsniveau, die weiterhin hohen Energieaufwendungen, die weiter steigenden Belastungen aus der Unterbringung und Integration von geflüchteten Menschen und die offenen Fragen zur dauerhaften Finanzierung des ÖPNV belasten den Haushalt 2024 nachhaltig. Zudem vermelden die hessischen Landkreise

flächendeckend Zuschussbedarfe zu den kommunalen Krankenhäusern. Diesem multifaktoriellen Aufwandsanstieg steht jedoch keine sich in gleicher Weise entwickelnde Wirtschaftskraft entgegen. Trotz des weiterhin hohen Steueraufkommens und des hohen Volumens des Kommunalen Finanzausgleichs drohen hessenweite Haushaltsdefizite bei den Landkreisen.

Das Präsidium des Hessischen Landkreistages hat in seiner vergangenen Sitzung eine erste Trendumfrage für das kommende Jahr zur Kenntnis genommen, die den prognostizierten Negativtrend auch in Zahlen bestätigt. Stand Heute rechnen alle hessischen Landkreise mit einem Defizit im Finanzhaushalt für das Jahr 2024.

Hessische Landrätinnen und Landräte zu Gast in Berlin



Auch in diesem Jahr fand das Landräteseminar des Hessischen Landkreistages im September in Berlin statt, um mit den Akteurinnen und Akteuren in der Bundeshauptstadt die aktuellen Themen zu erörtern.

Die aktuelle Bundespolitik sowie die aus Sicht des Deutschen Landkreistages maßgeblichen Themen standen am ersten Seminartag im Mittelpunkt und wurden mit dem Hauptgeschäftsführer des DLT, Herrn Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, sowie weiteren Fachleuten der Hauptgeschäftsstelle erörtert. Hierbei standen insbesondere die aktuelle Diskussion über die Kindergrundversicherung, die Aufnahme und Unterbringung ausländischer Flüchtlinge sowie Finanzierungsfragen im Fokus. Zum Abschluss des ersten Tages fand ein Austausch mit der Landesdirektorin des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Frau Susanne Selbert, sowie dem Geschäftsführenden Präsidenten des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen, Herrn Stefan Reuß, zu aktuellen Themen der beiden Verbände statt.

Beim Besuch der Hauptgeschäftsstelle des Verbandes Kommunaler Unternehmen wurden mit Herrn Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing und dem Geschäftsführer der Landesgruppe Hessen, Herrn Martin Heindl, insbesondere die aktuellen Herausforderungen der Energiewende für die kommunale Ebene erörtert. Hier-

bei wurden vorrangig Aspekte der von den Städten und Gemeinden durchzuführenden kommunalen Wärmeplanung, aber auch die Rolle und Bedeutung der Landkreise bei der Energiewende vertieft.

Beim Besuch des Konzernhauses der Deutschen Telekom stand der Vortrag von Herrn Stefan Wilke, Regionalleiter Mitte Public Sector, zu Fragen der Cybersicherheit und der aktuellen Bedrohungslage im Mittelpunkt. In der anschließenden Diskussion wurden Fragen und Problemstellungen der Teilnehmenden erörtert. Darüber hinaus wurde gezeigt, wie digitale Technik in Notfallsituationen unterstützen kann, z.B. durch den Einsatz mobiler Mobilfunkmasten oder die Priorisierung der Handyanschlüsse von Rettungsdienstmitarbeitenden im Mobilfunknetz.

Den Abschluss am letzten Tagungsteil bildete das Gespräch mit Frau Ministerialdirektorin Dr. Jessica Däbritz, Abteilungsleiterin im Bundesministerium des Innern und für Heimat. Mit Frau Dr. Däbritz und zwei weiteren Vertretern des Ministeriums konnten in einem offenen Austausch zahlreiche Aspekte zum Thema Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz besprochen werden. Die Teilnehmenden waren sich darüber einig, den Austausch auch unter Einbeziehung des Deutschen Landkreistages zu intensivieren und fortzuführen.

Arbeitslose Jugendliche weiterhin in Zuständigkeit der Kommunalen Jobcenter



Am 30. Juni 2023 wurde über die Überlegungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales informiert, die Arbeitsförderung von SGB II-Empfängern unter 25 Jahren ab dem Jahr 2025 den Agenturen für Arbeit nach dem SGB III zu übertragen. Damit sollen im Bundeshaushalt SGB II-Mittel in Höhe von 900 Mio. € eingespart werden.

Ein gemeinsames Positionspapier des Deutschen Städtetages und Deutschen Landkreistages vom 6. Juli 2023, „Arbeitslose Jugendliche brauchen maximale Förderung durch die Jobcenter“, fasste die Kritik der Landkreise und Städte sowie der Kommunalen Jobcenter und Einrichtungen zusammen. In einer gemeinsamen Erklärung der 16 hessischen Sozialdezernentinnen und Sozialdezernenten der betroffenen Kommunalen Jobcenter forderten sie das Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf die geplanten Änderungen zu überprüfen und zurückzunehmen.

Am 28. September 2023 wurde bekannt, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales von der geplanten Überführung der Arbeitsförderung für junge Menschen unter 25 Jahren Abstand nehmen möchte. Um die aus Sicht des Bundes erforderlichen Einsparungen zu erreichen, soll nun gemäß Alternativvorschlag des BMAS stattdessen die Rehabilitation sowie die Förderung der beruflichen Weiterbildung für SGB II-Empfänger in das SGB III verlagert werden.

Rechts- und Europaausschuss im Austausch mit dem Landespolizeipräsidenten

Beim Rechts- und Europaausschusses des Hessischen Landkreistages am 5. Oktober 2023 war Herr Landespolizeipräsident Robert Schäfer zu Gast und hat über die aktuellen Entwicklungen und Perspektiven der Polizei in Hessen sowie weitere Themen referiert.

Präsident Schäfer ging auf die problematischen Entwicklungen im Bereich der politischen Delikte und hier insbesondere des Rechtsextremismus ein. In der anschließenden Aussprache kamen die Ausschussmitglieder mit Herrn Landespolizeipräsidenten Schäfer dahingehend überein, den Austausch und Kontakt auf Ebene der einzelnen Landkreise mit der dortigen

Polizei gemeinsam weiter voranzutreiben. Aus Sicht von Präsident Schäfer haben sich hier Kreispräventionsräte besonders bewährt. Die Anregung nach einer stärkeren Einbindung der Landkreise will er mit in die Besprechungen mit den Polizeipräsidenten mitnehmen und diese darum bitten, Gesprächsangebote an die Landkreise auszusprechen. Außerdem soll auf Anregung des Hessischen Landkreistages auch erörtert werden, wie der Austausch zwischen Kreisbrandinspektionen und Polizei weiter verbessert werden kann.

Überlegungen zu einem Aktionsprogramm Kommunale Cybersicherheit



Das Hessische Ministerium des Innern und für Sport ist auf die kommunalen Spitzenverbände mit dem Angebot zugegangen, die bisherige enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu nutzen, gemeinsam weitere Angebote und Maßnahmen zu entwickeln, mit denen Kommunen noch stärker unterstützt werden können. Ziel soll sein, die kommunale Cyberresilienz kurz- bis mittelfristig zu verbessern und in der Breite der Kommunen ein höheres Cybersicherheitsniveau zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund entwickelt das Hessen CyberCompetenceCenter – kurz Hessen3C – unter Mitwirkung der Verbände und unterstützt von Fachexpertinnen und -experten aus Gemeinden, Städten und Landkreisen einen Vorschlag für ein Aktionsprogramm Kommunale Cybersicherheit Hessen. In mehreren Workshops, die als Plattform für den Austausch von Expertenwissen, Best Practices und innovativen Ansätzen dienen, wird hierzu gemeinsam ein Strategiepapier erarbeitet, aus dem konkrete und nachhaltige Maßnahmen zur Stärkung der kommunalen Cybersicherheit abgeleitet werden können.

Lol zur Zukunft der Koordinierungsstelle OZG-Kommunal

Die Finanzierung der OZG-Koordinierungsstelle ist durch die Vereinbarung zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) in Hessen bis einschließlich 2023 gesichert. In einer Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern des Hessischen Ministeriums für Digitale Strategie und Entwicklung und der kommunalen Spitzenverbände wird derzeit die inhaltliche und personelle Ausstattung der Koordinierungsstelle ab 2024 verhandelt.

Bei Krankenhäusern und Rettungsdienst nicht an der falschen Stelle ansetzen

Der Deutsche Landkreistag hat sich dafür ausgesprochen, die beabsichtigten Reformen der Krankenhausstrukturen und des Rettungsdienstes mit Augenmaß zu betreiben. Präsident Reinhard Sager: „Die geplante Krankenhausstrukturreform lehnen wir in ihrer derzeitigen Form ab. Auch wenn eine Reform der Krankenhauslandschaft geboten ist, so ist zunächst bei der Überversorgung in Ballungsräumen anzusetzen. Für den notwendigen Anpassungsprozess vor allem in ländlichen Räumen braucht es geeignete gesetzliche Rahmenbedingungen, die vor allem auf die Erreichbarkeit für die Bevölkerung achten.“ Der Bund müsse bei der Finanzierung der Krankenhäuser dringend handeln: „Die hohe Inflation und die Personalkostensteigerungen werden nicht im Geringsten gedeckt. Die Schließung von Standorten darf von der Bundespolitik nicht hingenommen werden. In den ländlichen Räumen sind wir mit Gesundheitsdienstleistungen ohnehin schlechter aufgestellt als in den Großstädten. Daher müssen Reformansätze die Bedürfnisse der dort lebenden Menschen berücksichtigen.“ Das gelte auch für die Regierungskommission, die die kleinteiligen Strukturen des Rettungsdienstes kritisiert und implizit für einen Teil der Probleme verantwortlich macht: „Dass die Kosten des Rettungsdienstes in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen sind, liegt am geänderten Verhalten, der Alterung und der gesunkenen Gesundheitskompetenz der Bevölkerung. Die Strukturen des Rettungsdienstes haben damit nichts zu tun.“

Kommunen wollen mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen

Zum Treffen des „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“ mit Bundeskanzler Scholz forderten die Städte, Landkreise und Gemeinden bessere Rahmenbedingungen und gezielte Maßnahmen, um sich gegen die Krise im Wohnungsbau zu stemmen. Die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände: „Mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen ist gemeinsames Ziel und eine der drängendsten sozialen Fragen unserer Zeit. Dafür liegen seit knapp einem Jahr die im Bündnis vereinbarten Maßnahmen auf dem Tisch. Seither haben sich die Bedingungen für den Wohnungsbau allerdings weiter verschlechtert.“ So bremsen steigende Baukosten, Inflation und Zinsanstieg sowie Fachkräftemangel den Wohnungsbau massiv aus. Die Zahl der Baugenehmigungen bricht deutlich ein. Auch stellt die Flüchtlingsunterbringung die Kommunen vor große Herausforderungen.

„Bund und Länder sind gefordert, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir unterstützen eine Digitalisierung der Prozesse und Bürokratieabbau. Damit ist es jedoch noch nicht getan; wir brauchen echte Aufgabenkritik und den Abbau von Luxus-Standards. Schließlich gilt es aber insgesamt, dem Wohnungsbau mit finanziellen Mitteln wieder Schwung zu geben. Bauwillige, die günstigen Wohnraum bauen, brauchen deutlich mehr Mittel von Bund und Ländern für den sozialen Wohnungsbau. Dazu gehören auch gezielte Investitionszuschüsse für Wohnungsbauträger, die Sozialwohnungen errichten.“, so die Forderungen.

PERSONALIEN

Herr Landrat Michael Cyriax (CDU) trat am 1. Oktober 2023 seine dritte Amtszeit im Main-Taunus-Kreis an.

TERMINE

- **Bezirksversammlung Mitte**
Mittwoch, 18.10.2023, 10:00 Uhr, Gießen
- **Konferenz der Kreistagsvorsitzenden**
Donnerstag, 19.10.2023, 10:00 Uhr,
Videokonferenz
- **Wirtschafts- und Umweltausschuss**
Mittwoch, 01.11.2023, 10:00 Uhr, Wiesbaden

- **Sonderausschuss Digitalisierung**
Dienstag, 07.11.2023, 10:00 Uhr, Videokonferenz
- **Sozialausschuss**
Donnerstag, 09.11.2023, 10:00 Uhr,
Videokonferenz
- **Präsidium**
Donnerstag, 16.11.2023, 16:00 Uhr, Wetzlar
- **Mitgliederversammlung/Jahrestagung**
Freitag, 17.11.2023, 09:00 Uhr, Wetzlar
- **Gesundheitsausschuss**
Mittwoch, 22.11.2023, 10:00 Uhr, Wiesbaden



Hessischer
Landkreistag

IMPRESSUM

VERANTWORTLICH
Direktor Dr. Michael Koch
(geschäftsführend)
Direktor Prof. Dr. Jan Hillgardt

HERAUSGEBER
Hessischer Landkreistag
Frankfurter Straße 2
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 17 06-23
E-Mail: knauer@hlt.de
Internet: www.hlt.de

KOORDINATION

Tim Ruder (Pressesprecher)
Melanie Knauer
(Öffentlichkeitsarbeit
und Organisation)

ERSCHEINUNGSWEISE / AUFLAGE
zwei- bis dreimonatlich
2.500 Exemplare
(gedruckte Version)

Alle Inhalte und Bilder sind lizenzrechtlich geschützt. Abdruck und Vervielfältigung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Hessischen Landkreistages.

GESTALTUNG

Muhr – Partner für Kommunikation
www.muhr-partner.com
Obere Kirchstraße 10
65195 Wiesbaden

BILDNACHWEIS

Adobe Systems Software
Ireland Limited (Seite 1 und 3)
Hessischer Landkreistag
(Seite 2 und 3)